



GASTKOMMENTAR

Der Biomediziner Prof. Dr. Penninger zählt zu den Spitzenforschern unseres Landes. Vergangenes Jahr wurde er mit dem bedeutendsten Forschungspreis Österreichs, dem Wittgenstein-Preis, ausgezeichnet. Nun hat er ein attraktives Angebot aus Berlin erhalten. Natürlich soll man sicherstellen, dass er nicht ab-



Foto: Martin A. Jöchl

Dr. Hannes Androsch

verschuldung auch ohne Hypo-Kosten rasant auf ein gefährliches Ausmaß angewachsen ist. Nunmehr steht uns ein steiniger Weg durch ein Tal der Tränen zur Konsolidierung des Budgets bevor. Dabei darf aber nicht das Kind mit dem Bad ausgeschüttet werden. Es muss Klarheit bestehen, dass wir wieder Wirtschaftswachstum benötigen und uns bewusst werden, dass dieses in den Kindergärten und Schulen beginnt. Dies gilt ebenso für das Ziel von Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, ist aber auch zur Verhinderung von Armut in einer sich durch die digitale Revolution und Robotisierung rasant verändernden Arbeitswelt nötig. Die wirkungsvollste Arbeitsmarktpolitik ist Bildungspolitik, der aber hinreichende Mittel vorenthalten werden. Dies zu ändern muss

Spitze des Eisberges: Der Fall „Penninger“

wandert, sondern in Österreich bleibt. Das darf aber nicht zulasten anderer hervorragender Wissenschaftler gehen. Diesem Ziel stehen aber insgesamt zu geringe Forschungsausgaben entgegen. Eine Tatsache, die auch nicht dem von der Bundesregierung angekündigten Forschungspfad entspricht. Als Folge davon hat sich die Innovationsdynamik verringert und auch unsere Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert. Unter diesem Mangel an finanziellen Mitteln leiden auch unsere chronisch unterfinanzierten Universitäten. Überdies werden die Bildungsausgaben gekürzt und stehen zu wenig Mittel für vorschulische Betreuung im Kindergarten zur Verfügung. Auf diese Weise wird zukunftsvergessen am falschen Platz gespart, während in anderen Bereichen schon seit langem einfach zu viel, vor allem nicht zukunfts wirksam ausgegeben wird. Das Ergebnis ist eine handfeste Schiefelage der öffentlichen Finanzen, obwohl wir Rekordsteuerbelastung erreicht haben und die Staats-

wichtiger Teil einer umfassenden beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik werden. Eine solche kann sich jedenfalls nicht darauf beschränken, dass der Sozialminister monatlich gestiegene Arbeitslosenzahlen bekannt geben muss. So notwendig es ist, überzogene Ausgaben zu streichen, so wichtig ist es, zukunftsbezogen mehr bereitzustellen. Es gilt, wer nicht sät, wird auch nicht ernten. Deswegen ist der „Fall Penninger“ nur die Spitze eines Eisberges des Fehlens einer vernünftigen öffentlichen Ausgabenpolitik bei angemessenem, also geringerem Ausgabenniveau, allerdings mit zukunfts fördernden anstelle von erhaltenden Schwerpunkten. Dafür benötigen wir ein umfassendes Konzept von verschränkter Budget- und Wirtschaftspolitik und dessen entschlossene Umsetzung, um wieder aufzuholen und nicht weiter zurückzufallen. Es muss wieder gemeinsames Ziel werden, dass es der nächsten Generation besser und nicht schlechter geht!